

Steueramnestie : jetzt gerät der Bund unter Druck : Generalamnestie

Autor(en): **Forrer, Dani**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **120 (1994)**

Heft 15

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-603214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

verbessern. Kommt hinzu, dass sich der Staat durch die Amnestie einige Millionen Mehreinnahmen erhofft. (Dieser Punkt ist zwar umstritten, aber wenn die Mehrheit unserer Volksvertreter und -vertreterinnen daran glaubt, wird das schon seine Richtigkeit haben.)

Nun zieht dieser menschenfreundliche Entscheid aber einige Probleme nach sich, die vom Nationalrat natürlich nicht vorausgesehen werden konnten. Verschiedene andere Minderheiten haben die Amnestie für Steuerhinterzieher mitbekom-

ten Gefängnis-Neubauten überflüssig machen.

Wirtschaftskriminelle wollen nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Insbesondere, wenn sie einsichtig sind und sich auf einen einfachen Lebensstil zurückbesinnen – zum Beispiel auf einer Plantage auf den Bahamas Landdienst leisten. Solche Leute sollte man nicht verfolgen, sondern für den Staatsdienst gewinnen. Mit innovativen Ideen, wie dem Verkauf hochdotierter Aktien von Schweizer Baumwollplantagen an zahlungskräftige Ausländer, könnten sie dem

nicht länger öffentlich geächtet werden. Ihre Forderung: offizielle parlamentarische Anerkennung alle zwei Jahre, ansonsten sie ihre künftigen Firmen im Ausland ansiedeln würden.

Genforscher kämpfen ebenfalls nur um Image, strafrechtlich haben sie hierzulande keine Probleme. Sie verlangen, alle zwei Jahre parlamentarisch anerkannt zu werden. Begründung: Dank gentechnischer Erfindungen floriere das Patentamt, überdies könnten die Importkosten gesenkt werden, wenn in der Schweiz Riesentomaten und andere gentechnisch veränderte Lebewesen gezüchtet würden.

Politiker werden zwar nicht bestraft, aber von den Medien schlecht hingestellt, wenn sie unfähig sind, ihre Wählerschaft belügen oder Statistiken und Abstimmungen manipulieren. Würden solche Affären totgeschwiegen, so argumentieren die Politiker, könnten sie ihre Energie in die politische Arbeit einbringen und müssten sie nicht mehr für Rechtfertigungen verschwenden.

Jugendliche Rechtsradikale verlangen nicht nur grundsätzliche Straffreiheit, sondern eine Prämie für jeden niedergeschlagenen Ausländer oder Linken. Sie begründen ihre Forderung damit, die schweigende Mehrheit zu vertreten und zur allgemeinen Zufriedenheit der Bevölkerung beizutragen. Ihre Aktionen würden sich positiv auf die Gesundheitskosten auswirken, da Psychotherapien infolge unterdrückter Aggressivität nicht mehr nötig seien.

Umweltkriminelle Industrielle sind bereit, jedes Jahr das Weihnachtsgeld für alle Bundesbeamten zu spenden, wenn ihnen für mutwillig verursachtes Fischsterben alle sechs Jahre eine Amnestie gewährt wird. Eltern von Kindern, die mit fehlenden Gliedmassen zur Welt kommen, sollen zudem einen Fruchtkorb erhalten.

Steueramnestie: Jetzt gerät der Bund unter Druck

Generalamnestie

VON DANI FÖRRER

Niemand kann dem Nationalrat länger vorwerfen, er lasse gesellschaftliche Randgruppen rechts liegen. Für einmal hat die Grosse Kammer gezeigt, dass sie fähig ist, Mitgefühl für Minderheiten unseres Landes zu entwickeln: Steuerhinterzieher sollen nicht mehr länger verfolgt und mit Nachsteuern sowie hohen Bussen bestraft werden, wenn sie fortan ihr wahres Einkommen und Vermögen deklarieren. Mit diesem Entscheid will der Nationalrat dem psychischen Leid der Verfolgten ein Ende setzen: Wer den Staat um einige Millionen betrogen hat, soll kein schlechtes Gewissen mehr haben und nicht mehr unter Schlaflosigkeit leiden müssen.

Der Einsatz des Parlaments für diese bemitleidenswerten Geschöpfe ist bemerkenswert und dürfte auch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg mit Genugtuung zur Kenntnis genommen werden.

Unser seit EWR-Abstimmung und Alpeninitiative bei der EU ramponiertes Image wird sich zweifellos gewaltig

men und verlangen nun schamlos eine periodisch wiederkehrende Amnestie, zumindest aber eine periodisch wiederkehrende offizielle parlamentarische Anerkennung ihres bisher geächteten Tuns. Diese Forderungen zu ignorieren dürfte schwierig werden, da dem Staat auch mit dieser Amnestie Einnahmen in Millionenhöhe entstehen könnten.

Um Amnestie nachgesucht haben bis heute folgende Gruppierungen:

Ausländer verlangen eine generelle Amnestie für gegenseitiges Niederstechen, Erschiessen und Clublokale-Niederbrennen. Würde der Staat solche Taten nicht mehr strafrechtlich verfolgen, könnte er Millionen sparen. Erfreuliche Nebeneffekte: sinkende Ausländerzahlen und freiwerdende Gefängnisplätze für Schweizer.

Drögel und Dealer fordern für Drogendelikte alle zwei Jahre eine Amnestie. Zusammen mit der Ausländeramnestie wären damit gemäss SVP-Statistiken die Gefängnisse leer. Das würde den Personal- und Verwaltungsaufwand drastisch verringern und die bereits geplan-

ten Staat aus der Finanzmisere helfen.

Blaufahrer und Raser verlangen alle sechs Monate eine Amnestie. Da Gefängnisstrafen für diese Minderheit sowieso nicht üblich sind, fordern sie eine Bussenamnestie. Ihre Sparargumente: Da sich eine Verurteilung dannzumal kaum noch lohnt, könnten die aufwendigen Polizeikontrollen in einer ersten Phase reduziert und später ganz abgeschafft werden. Längerfristig wären jegliche verkehrssichernden Massnahmen überflüssig, denn vermehrte Unfälle treiben das Bruttosozialprodukt in die Höhe und geben der Autoindustrie neuen Auftrieb.

Arbeitslose wehren sich gegen Kürzungen der Unterstützungsleistungen, wenn sie den zweiwöchigen Kurs «Wie schreibe ich meinen Namen im Bewerbungsbrief fehlerlos» schwänzen. Die Kurse könnten gestrichen und die Gelder gespart bzw. sinnvoll eingesetzt werden.

Unternehmer, die ihre Arbeitskräfte schamlos ausbeuten und anschliessend grundlos entlassen, werden zwar nicht strafrechtlich verfolgt, wollen aber